



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/185 - 13.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 21-23
Fernschreiber 038 800

Pankow spekuliert à la hausse	S. 1
Nach der Pariser Marokko-Einigung	S. 3
Entspannungs- "Sensationen"	S. 5

Die Rolle der Zone

sp-Seine Regierung treffe Maßnahmen, um an der Genfer Konferenz (Beginn Ende Oktober) teilzunehmen, hat am letzten Freitag Herr Grotewohl vor der Volkskammer in Ostberlin erklärt. Er fuhr fort, es sei eine rationale Forderung, dass das deutsche Volk auf dieser Konferenz gehört werde.

Danach könnte es auf den ersten Blick so aussehen, als ob Herr Grotewohl als Sprecher dieses deutschen Volkes in Genf auftreten wolle - eine groteske Vorstellung, die kaum weniger widersinnig wird, wenn man sie auf ihn als einen Repräsentanten der Ostzonenbevölkerung beziehen wollte. Natürlich weiß Grotewohl selbst, wie ungläubhaft er mit diesem Anspruch ist. Er bewies es sogar, indem er sich gegen freie Wahlen in ganz Deutschland, also auch in "seiner Zone", wandte. Denn er ist sicher, dass in dem Augenblick, indem sie wirklich stattfinden und ihr Ergebnis anerkannt würde, er und das System, das er verkörpert, politisch ausgelöscht wären.

Die Welt und die Deutschen selbst wunderten sich über das Ungestüm des Protestes an der Saar gegen jahrelange Schikaniererei und Täuschungsmanöver. Aber was sich in dieser ganzen Zeit dort abgespielt hat, war, wenn es auch nach traditionellen westlichen Maßstäben des Übels genug war, ein Kinderspiel und wirklich nur ganz von ferne vergleichbar mit dem Leben in der Sowjetzone. Was meinen wohl Grotewohl und die Seinen, was sich bei ihnen zu Hause abspielen würde an Kritik und aufgestaumtem Bedürfnis, die Dinge und die Menschen beim Namen zu nennen, wenn

die Ventile einmal geöffnet werden? Wohl würde man denen, die man von ganzem Herzen los werden will, nichts tun, schon um nicht die Möglichkeit zu gefährden, von dem ganzen System befreit zu werden. Aber die Wahrheit würde man ihnen sagen, dass ihnen Hören und Sehen verginge.

Deshalb halten Grotewohl und seine Freunde so wenig von Wahlen, das ist verständlich. Aber es wäre falsch, gerade weil solche Wahlen dieses sichere Ergebnis haben würden, sie als einzige Hauptforderung, ja als Voraussetzung für alles andere so stark in den Fordergrund zu stellen, wie das noch in Berlin vor fünfviertel Jahren geschah. Denn ohne eine internationale Vereinbarung über irgendeine Kompensation eines solchen Verlustgeschäftes, wie es freie Wahlen in Deutschland für sie darstellen würden, wäre die Sowjetunion für eine Zustimmung zu der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht zu haben. Ob sie dazu bereit wäre, wenn Voraussetzungen solcher Art (wie etwa die Festlegung eines bestimmten Status ganz Deutschlands, oder die Schaffung eines, auch dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragenden Sicherheitssystems) geschaffen würde, ist eine weitere Frage, die nur ein Versuch beantworten kann.

Einstweilen sind die Sowjets bemüht, den Preis für das Pfand, das sie in der Hand haben, hochzutreiben. Höhepunkt in diesem Bemühen waren die Kundgebungen und Reden bei der Rückkehr der Herren des Krenl aus Genf ins Ostberlin. Auf dieser Woge schwimmt einstweilen, erfreut, wieder einmal in dem ewigen Wellenspiel des Auf und Ab in der Moskauer Wertschätzung oben angelangt zu sein, ganz Pankow. Als politisches Objekt in der Hand der Sowjets hat das Zonenregime seine erhebliche Bedeutung im großen internationalen Spiel. Aus dieser Abhängigkeit gelöst, würde es ein schnelles Ende finden.

Bis dahin - und das kann eine sehr lange Zeit werden - wird alles getan werden müssen, die Beziehungen zwischen den Menschen in West- und Mitteldeutschland auf alle mögliche Weise zu pflegen und zu fördern. Man wird dabei auch manche offizielle Begegnung, die aus organisatorischen oder technischen Gründen notwendig werden kann, mit in Kauf nehmen müssen.

Wer siegt in Marokko ?

b.v., Paris

Wie dauerhaft die jetzt innerhalb der französischen Regierung erzielte Einigung über Marokkoreformen sein wird, kann heute noch niemand sagen. Das wird vor allem auch von dem Echo der jetzt beschlossenen Maßnahmen in Marokko selbst abhängen. Wie ist es zu dem vorliegenden Reformvorschlag gekommen?

Zweifellos hatte der neue Generalresident, Gilbert Grandval, von vornherein die Absicht, tiefgreifende Reformen durchzuführen und gleichzeitig die leidige Thronfrage zu regeln. Mit seinen Absichten stieß er aber auf heftigen Widerstand bei einigen Kabinettsmitgliedern und bei außenstehenden, aber außerordentlich einflussreichen Persönlichkeiten. Nicht nur veröffentlichte der NATO-Oberkommandierende in Mitteleuropa, Marschall Juin, einen Aufsehen erregenden Artikel, der den Intentionen der Regierung und Grandvals scharf widersprach, sondern es sandte auch der jetzige Sultan einen Brief an den Präsidenten der Republik, Coty, und der Pascha von Marakesch, El Glaui, ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Edgar Faure. Es entstand der Eindruck, dass beide Schreiben - das des Sultans drückt aus, er denke nicht daran "freiwillig" abzudanken, das des Berber-Paschas sagte, eine Abdankung des jetzigen Sultans sei untragbar - nicht in Marokko, sondern in Paris abgefasst worden waren.

Das wäre alles schlimm genug. Aber die Situation spitzte sich weiter zu, je näher man dem 20. August kam. An diesem Tage wurde vor zwei Jahren der als rechtmäßiger Herrscher geltende Sultan Mohamed V. durch Frankreich, auf Betreiben Juins, der kurz zuvor Generalresident von Marokko gewesen war, abgesetzt, und der jetzige "Schatten-Sultan" Ben Arafa inthronisiert. In diesem Doppelvorgang, der mit Unterstützung des Berber-Paschas durchgeführt wurde, sahen und sehen die als Nationalisten bezeichneten Marokkaner einen Eingriff in ihre Rechte und die Verletzung bestehender Verträge. Der damals abgesetzte Sultan lebt im Exil auf Madagaskar.

Ob den marokkanischen Nationalisten wirklich so viel daran liegt,

dass die Thronfrage neu geregelt wird, mag fraglich sein. Gar nicht fraglich jedoch ist es, dass sie den 20. August als den Stichtag für den Beginn einer neuen Aufstands-Kampagne ansahen. Dieser Möglichkeit sollen die jetzt beschlossenen Reformen - die im einzelnen noch nicht bekanntgegeben worden sind - vorbeugen.

Selbst aber, wenn Militär und Berber in der Lage sein sollten, die sogenannte Ordnung aufrecht zu erhalten, ist damit auch nicht einmal ein Teilproblem gelöst. Die "Anti-Kolonialisten" in Paris weisen daher schon jetzt darauf hin, dass es sich heute nicht mehr bequem auf Bajonetten sitzen lässt, und dass eine Befriedigungs-Aktion, so wie sie der Regierung anscheinend vorschwebte, als sie Grandval entsandte, erheblich vorteilhafter gewesen wäre. Die "Kolonialisten" aber sind anderer Meinung, und wenn nicht alle Zeichen trügen, sind sie vorläufig die Stärkeren, ebenso, wie sie einst, als es um Indochina ging, die Stärkeren waren - bis Frankreich diesen reichen Besitz verloren hatte.

Wenn es Grandvals Plan war, den jetzigen, von der überwiegenden Mehrzahl der marokkanischen politischen und geistlichen Führer nicht anerkannten Sultan zum freiwilligen Rücktritt zu nötigen, um an seine Stelle einen Regentschaftsrat zu stellen, dem ein Sohn des früheren Sultans angehören sollte, so dürfte solche Absicht sich als nicht durchführbar erwiesen haben. Die "Starken" sind dagegen. Reformen wollten sie jedoch grundsätzlich zustimmen, ob auch den nun vorliegenden, wird sich zeigen müssen.

Seit Monaten wüteten in Marokko Terror und Gegenterror. Seit Monaten folgte eine Untat der anderen. Wer bei dieser Art der Kriegsführung siegen wird, kann niemand ahnen. Wer aber verlieren wird, lässt sich nach Meinung zahlreicher Franzosen, die ihrer Stellung nach nicht zu den dümmsten gehören dürften, mit ziemlicher Sicherheit voraussagen: die marokkanische Wirtschaft, und damit der französische Staat.

Bocksprünge

r. Viele Leute werden den Kopf geschüttelt haben, als sie lasen, der Stabschef der amerikanischen Luftwaffe habe der sowjetischen Luftwaffe angeboten, einige der amerikanischen Luftstützpunkte zu benutzen, wenn der Vorschlag Präsident Eisenhowers für eine gegenseitige Luftaufklärung angenommen würde. Skeptiker bemerkten sogleich, gerade an dieser extremen Folgerung könne man sehen, wie unwirklich jenes Anerbieten des amerikanischen Präsidenten in Genf gewesen sei. Hätte man sich schon nicht vorstellen können, wie jene großartige Geste verwirklicht werden könnte, so versage bei dem Angebot des amerikanischen Generals Twining die Phantasie vollends.

Am gleichen Tage gab die sowjetische Regierung bekannt, dass sie bis zum 15. Dezember d.Js. - in nur vier Monaten also - die Stärke ihrer Streitkräfte um 640 000 Mann verringern werde. "Tass" erläuterte, dieser Schritt solle zur weiteren internationalen Entspannung und zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Staaten beitragen. Auch wenn damit die sowjetische Armee mit riesigem Abstand noch immer die stärkste sein wird - die Mitteilung aus Moskau bleibt interessant genug, selbst wenn man Zweifel haben sollte, ob so prompt erfüllt werden wird, was so überraschend versprochen wurde.

Seit dem Gartenfest bei Herrn Bulganin werden erhebliche Anforderungen an die Fähigkeit der politisch interessierten Menschen gestellt, urplötzlich umzulernen, vielleicht allzu große. Denn die Gefahr besteht, dass Zuversicht sich in neues Mißtrauen wandelt, wenn in dem Wettrennen um die wirksamste Entspannungsgeste des Guten zuviel getan wird. Und dass man spöttisch und ungläubig lächelt, wo man erleichtert aufatmen sollte. Eine solide, wenn auch etwas langsame Entwicklung, die man begreift, flösst immer mehr Vertrauen ein, als Bocksprünge eines Stimmungswandels es tun, denen niemand mehr recht folgen kann.

Verantwortlich: Peter Raunau